

An den Bürgermeister der Stadt Siegburg
Herrn Stefan Rosemann
Nogenter Platz 10
53721 Siegburg

Siegburg, 29.11.2022

Stellungnahme zur Ratsvorlage vom 12.12.22 zu TOP 27

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Stadtratsfraktionen von CDU und Grünen geben zur Vorlage der Verwaltung zu TOP 27 folgende Stellungnahme ab und bitten, diese der Einladung und den Vorlagen der Sitzung rechtzeitig hinzuzufügen:

STELLUNGNAHME ZUR RATSVORLAGE ZU TOP 27

Die Vorlage der Verwaltung zu TOP 27 enthält mehrere Fehler und unzutreffende Bewertungen.

1. Es ist verwunderlich, dass die Stadtverwaltung dem von der CDU beantragten Tagesordnungspunkt 27 genau diese vier Vorlagen zur Sitzung des Verwaltungsrates SBS hinzufügt, andere aber nicht. Der CDU-Antrag selbst hatte keine bestimmten mutmaßlichen Beschlüsse des Verwaltungsrates benannt.
2. Die Verwaltungsvorlage suggeriert, der von der SBS geforderte erhöhte Zuschuss hänge mit Mehrbedarfen aus dem Bereich der kulturellen Institutionen zusammen, und baut dann einen angeblichen Gegensatz von Ausgaben für Kultur und Soziales/Jugend auf, den es in der Realität gar nicht gibt. Schon bei Abschluss des 2011 geschlossenen Vertrages zwischen Stadt und SBS lagen die nicht ausgeglichenen Aufwendungen für die Kultur bei der SBS über 2 Mio € (und wurden im Vertrag zu 700.000 € berücksichtigt).
3. Die Verwaltungsvorlage blendet absichtlich oder fahrlässig den wichtigsten und einzig ausschlaggebenden Grund aus, der eine Anhebung des

Zuschussbedarfs an die SBS zwingend erforderlich macht, nämlich den durch eine neue Rechtslage - Rechtsprechung und Gesetzesänderung - bedingten Ausfall bei den Abwassergebühren. Dieser macht auch nach den neuesten Erwartungen der künftigen Rechtslage einen Verlust von 2,5 Mio € Mindereinnahmen bei der SBS aus. Diesen Zusammenhang in der Vorlage auszublenden, kommt einer Manipulation gleich.

4. Der angeforderte erhöhte Zuschuss liegt nur 1,4 Mio € über den bisherigen Vereinbarungen. Daraus - wie die Vorlage es tut - schlusszufolgern, dass „dieses Ansinnen die dauerhafte wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Stadt Siegburg bei Weitem“ übersteige, ist geradezu lächerlich (angesichts des Volumens des Gesamthaushalts und des Volumens der übrigen sich abzeichnenden Veränderungen des Haushalts).
5. Das eigentliche Problem ist, dass die seit Monaten bekannten Einnahmeausfälle bei den Abwassergebühren - trotz der Hinweise und Lösungsansätze der SBS-Geschäftsführung vom Mai 22 - zu keinen Bemühungen weder des Bürgermeisters und SBS-Verwaltungsratsvorsitzenden Rosemann noch des Kämmerers geführt haben, hierzu eine Konzeption mit tragfähigen Vorschlägen zu unterbreiten. Es gab offenbar eine monatelange Untätigkeit; jedenfalls hat die Außenwelt von entsprechenden Anstrengungen der Verwaltung nichts mitbekommen können.
6. Wenn nun die Verwaltung schreibt, man solle „durch Konsolidierungsbemühungen auf Konzernebene eine Lösung“ finden, so ist dies blanker Hohn. Es ist und bleibt die Aufgabe des Bürgermeisters, den Haushalt zu gestalten, ihn zu einem bestmöglichen Ergebnis zu bringen und entsprechende Vorschläge für die Beschlüsse des Rates zu unterbreiten. Diese Aufgabe kann nicht in Stuhlkreise und Seancen verlagert werden, sondern verlangt Gestaltungskraft und Führungsstärke vom Kopf der Verwaltung her.
7. Dass diese fehlen, zeigt das Eckdatenpapier des Kämmerers vom 24.11.22. Wenn es dort heißt: „Die Personalaufwendungen wurden nach allen bekannten Anforderungen der Dienststellen nach zusätzlichem Personal... geplant“ und : „Alle Sach- und Transferaufwendungen bilden die Anforderungen der Fachdienststellen ab“, so spricht dies gegen eine gestalterische Kraft des Bürgermeisters bei der Aufstellung des

Haushaltsentwurfs. Die bloße Protokollierung und Weiterreichung von Ausgabewünschen wird der Aufgabenstellung eines Bürgermeisters nicht gerecht.

8. Auch wenn die Gestaltung der Kreisumlagesätze durch die Kreistagskoalition von CDU/Grünen eine Verbesserung der Eckdaten für den Siegburger Haushalt erbringen wird, bleiben Bürgermeister und Kämmerer in der Pflicht, auch unter Berücksichtigung des Mehrbedarfs der SBS einen tragfähigen Haushaltsentwurf vorzulegen, der auch den Einsatz einer Globalen Minderausgabe (ein Instrument, das die Kämmerer dem Kreis empfohlen haben) überflüssig macht.

Für die CDU-Fraktion

gez. Jürgen Becker

1. Fraktionsvorsitzender

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. Astrid Thiel

Fraktionsvorsitzende